

Danziger Zeitung.

Nr. 10199.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme des Sonntags Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rotherbaggergasse Nr. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Zeile 10 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute fünf kleinere, auf der Tagesordnung stehende Vorlagen und genehmigte dann die Etats des auswärtigen Amtes, der Staatsarchiv und die an die Budgetcommission verwiesenen Positionen des Etats des Ministeriums des Innern in zweiter Lesung unverändert. Fortsetzung der Etatsberatung morgen.

Die westpreussischen Petitionen wegen der Gerichtsorganisation in der Justizcommission des Abgeordnetenhauses.

N. Berlin, 14. Februar.

Die Justizcommission des Abgeordnetenhauses berathet gestern über eine Anzahl Petitionen aus Westpreußen, betreffend die Größe der Sprengel, für welche die nach den Reichsjustizgesetzen zu errichtenden Landgerichte eingesetzt werden sollen. Die Petenten, Mitglieder landwirthschaftlicher Vereine, wünschen, daß diese Sprengel der Regel nach nicht größer sein sollen, als die Bezirke zweier jetzigen Kreisgerichte der alten Provinzen, so daß sie etwa 100 000—150 000 Seelen umfassen. Sie knüpfen an die erste Erklärung an, welche der Justizminister in der Reichsjustizcommission als seine persönliche Ansicht abgegeben hat, derzufolge diese Landgerichtsbezirke im Anschluß an die in der Rheinprovinz bestehende Einteilung eine Bevölkerung von 250 000—500 000 Seelen zu umfassen haben würden, und weisen für die Begründung ihres Antrages darauf hin, daß, wenn letztere Intention verwirklicht würde, unausbleiblich eine Vergrößerung des Geschworenendienstes, sowie ein unverhältnismäßiges Anwachsen der Kosten eintreten müßte, außerdem aber das Verfahren selbst insofern geschädigt werden würde, als die Vortheile der Mündlichkeit wieder verloren gingen, denn bei so großen Sprengeln stünde der Richter den Verhältnissen und Personen allzusehr, den Parteien würde es in den meisten Fällen nicht möglich sein, mit ihrem Anwalt persönlich zu verkehren und die Vernehmung der Zeugen würde nicht vor dem erkennenden, sondern vor einem ersuchten Richter erfolgen.

Die Commission mußte sich sagen, daß die Befürchtungen, welche die Petenten vortragen, vielleicht in vielen Gegenden getheilt werden, zumal sie aus dem Widerspruch über die notwendige Abänderung vieler örtlich eingetragener Zustände täglich neue Nahrung ziehen; sie konnte sich aber auch nicht verhehlen, daß all diese Befürchtungen von der Reichsjustizcommission bereits eingehend geprüft worden sind, und daß sie fast durchweg auf unzureichender Kenntniss der Reichsjustizgesetze beruhen. Insbesondere ist bei den Klagen der Petenten die große Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsrichter und der Schöffengerichte, sowie der Umfang außer Acht gelassen, daß nach § 78 des Gerichtsverfassungsgesetzes wegen großer Entfernung des Landgerichtssitzes bei einem Amtsgerichte eine detaillierte Strafkammer für die zur Zuständigkeit des Landgerichts gehörigen Straffälle gebildet werden darf. Die Civilprozeße, welche nach § 23 dieses Gesetzes den Amtsrichtern neu übertragen werden, berechnen sich auf ca. 40—50 Proc. aller bisher vor den Deputationen der Kreisgerichte verhandelten Prozesse. An Straffachen sind den am Sitz des Amtsgerichts zusammen tretenden Schöffengerichten nach § 27 desselben Gesetzes, abgesehen von den Uebertretungen, eine große Anzahl von Vergehen von geringerer Bedeutung zugewiesen;

Das Körnermuseum in Dresden.

In der letzten Session des Reichstages hat der Abg. Professor Duden in sehr warmer Rede die Hilfe des Reichs für das in seinem Bestande bedrohte Körnermuseum angeregt. Wie er ausführte, hat der durch das Museum verursachte Kostenaufwand eine solche Höhe erreicht, daß durch einen Einzelnen das Unternehmen nicht auf die Dauer gehalten werden kann. Es steht darin nämlich ein Capital von 28 000 Thalern. Wäre der Besuch ein solcher, wie der für Körner und die Freiheitskriege begeisterte Schöpfer des Unternehmens, Dr. Peschel, ein Dresdener Sprachlehrer, sich die Sache vorgestellt hat, so könnte das Museum sich zur Noth selbst erhalten. Seine desfallsigen Erwartungen haben sich aber nicht erfüllt. Früher oder später wird das Reich sich ihrer annimmt, nicht aus einander fallen.

Woraus besteht sie nun zunächst, und mußte sie so weit über ihr anfängliches Ziel hinauswachsen? Auf diese Fragen antwortet ein Correspondent der „H. N.“, wie folgt:

Die Sammlung besteht aus drei in dem sogenannten Körnerhause gemietheten Räumen. Dr. Peschel hat sie mit den Namen das historische, das Körner-Zimmer und die Bibliothek (worunter auch das Archiv) bezeichnet. Das mittlere Zimmer erfüllt den ursprünglichen Zweck des Museums am vollständigsten: Alles auf Theodor Körner Bezug habende findet sich hier vereinigt. An den Wänden hängen Bilder der gesammten Körnerschen Familie und ihrer Freunde, zum großen Theil Arbeiten von hohem künstlerischem Werth. In einem Glasbehälter, welcher sich in der Mitte des Zimmers erhebt, sind in sechs Abtheilungen alle kleineren Reliquien, welche Körner und die Seinigen betreffen, untergebracht. Autographenlisten an den Wänden zeigen

das Mahnverfahren (§ 628 ff. der Civilprozeßordnung) wird eine weitere Zahl von Civilprozeßen, welche jetzt durch Contumacialbescheid zu Ende zu bringen waren, bei den Amtsgerichten belassen; die den Gerichten noch zugewiesene Mitwirkung bei Vollstreckungs-Handlungen gehört im Wesentlichen zur Zuständigkeit der Amtsgerichte (§ 684 der Civilprozeßordnung). Das Amtsgericht ist endlich nach § 64 der Concursordnung für das Concursverfahren ausschließlich zuständig. Die Reichsjustizgesetze haben also Vorsehung dafür getragen, daß alle Rechtsfreiheiten, welche einer besonders raschen und auf volle Vertrautheit mit den localen Verhältnissen gestützten Entscheidung bedürfen, von einem dem recht suchenden Publikum nahe stehenden Gericht entschieden und daß auch in Straffachen jede Belästigung vermieden wird, welche vermieden werden kann. Dazu tritt, daß alle Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, einschließlich der Grundbuch- und Vormundschaftsachen, an den Sitzen der Amtsgerichte zur Erledigung kommen, wie bisher.

Bei dieser Lage der Sache konnte sich die Commission in ihrer überwiegenden Mehrheit nur der Ansicht anschließen, welche im Berichte der Reichsjustizcommission zum Gerichtsverfassungsgesetz S. 38 dahin niedergelegt ist: „daß unter angemessener Berücksichtigung der historischen, socialen und localen Verhältnisse principiell auf die Einrichtung großer Landgerichtsbezirke Bedacht genommen werden müsse.“ Die Landgerichtsprengel werden auch keineswegs so groß auszufallen brauchen, wie die Petenten befürchten, denn bereits in der Reichsjustizcommission ist eine nachträgliche Erklärung der Vertreter Preußens dahin abgegeben worden, daß auf etwa 250 000—300 000 Einwohner ein Landgericht zu rechnen sei. Diese Ziffer, welche selbstredend nur die Bedeutung hat, einen allgemein und leicht verständlichen Maßstab zu geben, erschien der Mehrheit der Commission nicht zu hoch, da ja jedes Landgericht wenigstens mit einem Präsidenten, einem Vertreter desselben und sechs Richtern besetzt sein muß, selbst wenn die Mitglieder der Civilkammer gleichzeitig Mitglieder der Strafkammer sind. Da nun auch Namens der Regierung die Erklärung abgegeben wurde, daß sie bei Organisation der Landgerichte, indem sie den Reichsgesetzen und deren Intentionen volle Rechnung trage, doch ihr Hauptaugenmerk darauf richten werde, die Organisation den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung anzupassen, und daß sie durchaus nicht geonnen sei, nach ein und derselben Schablone in den verschiedenen Landestheilen, deren Verhältnisse ja wesentlich verschieden seien, zu verfahren, so hielt die Justizcommission mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses, welche nur für die nothwendigsten Discussionen Zeit bietet, und da die Petitionen keinerlei neue Gesichtspunkte beigebracht haben, es für angezeigt, die Petitionen nicht zum Vortrage im Plenum zu bringen, die Erörterung der Größe der Gerichtsprengel vielmehr bis zur Vorlegung des Gerichtsorganisationsgesetzes aufzuschieben.

Ein Ordrehafen des Eisenbahnverkehrs.

Wie die „Königsberger Börsen-Ztg.“ mittheilt, beschäftigt sich das Vorsteheramt der dortigen Kaufmannschaft zur Zeit mit der bereits in einer Commission vorberathenen Idee der Errichtung eines Lagerhauses nach dem Muster des Lagerhauses der Station Wien. „Die Idee“ — heißt es in einem Bericht — ist nur ausführbar, dann aber auch unzweifelhaft von höchster Wichtigkeit, wenn den für das Lagerhaus bestimmten Bahn-

glütern seitens der Bahnverwaltungen Reexpedition zugestanden wird, so daß sie zuerst den hiesigen Markt versuchen und, falls sie auf denselben nicht genügenden Absatz finden, später zu den ermäßigten Fahrpreisen des directen Verkehrs weiter versendet werden dürfen, gleich als ob ihr Transport hier gar nicht unterbrochen worden wäre! Das Vorsteheramt richtete daher zunächst vorläufige allgemeine Eingaben an den Herrn Handelsminister und an die königl. Direction der Ostbahn, um zu erfahren, ob dieselben sich einem solchen Projecte geneigt zeigen würden.“

Was die beantragte „Reexpedition“, d. h. die ausnahmsweise Gewährung der durch Ausfall der Expeditionsgeldern 2c. naturgemäß billigeren Frachtsätze des directen Verkehrs für den in Königsberg hauptsächlich unterbrochenen Verkehr bedeuten würde, mag u. A. daraus erselien werden, daß die Fracht für Getreide von Station Romny der russischen Landwarowo-Romny Bahn bis Königsberg 42,50 Mk., — Danzig 45,20 Mk., — Berlin 58,40 Mk., — Stettin 56,30 Mk. pr. Tonne von 1000 Kilogr. beträgt. Die am Königsberger Markt nicht verkauften Getreide würden also für 2,70 Mk. nach Danzig, — für 15,90 Mk. nach Berlin und für 13,80 Mk. nach Stettin weiter geschickt werden können, während sonst die Fracht Königsberg-Danzig 8,60 Mk., also 5,90 Mk. mehr, Königsberg-Berlin 21,20 Mk., also 5,30 Mk. mehr beträgt.

Das projectirte Königsberger Lagerhaus darf als ein mindestens interessanter Versuch aufgefaßt werden, das Institut der „Ordrehäfen“, welches in der Seeschifffahrt eine so große Rolle spielt, auf das Gebiet des Eisenbahnwesens zu übertragen. Königsberg und sein Lagerhaus würden in Zukunft der Ordrehafen des deutsch-russischen Eisenbahn-Verbandes sein; hierhin würde ein großer Theil der massenhaften Bahntransporte zwischen West- und Ost-Europa vorerst abdestirt werden, bis ihr Schicksal und ihr weiterer Weg an der Königsberger Börse entschieden wäre. Welcher Auffassung freilich diese für den Königsberger Handel nicht unpraktische Idee bei dem Herrn Handelsminister und bei der Eisenbahnverwaltung begegnen wird, ist eine andere Sache.

Deutschland.

Δ Berlin, 14. Februar. Der Entwurf eines Patentgesetzes ist, wie wir bereits gemeldet, von umfassenden Motiven begleitet. Es heißt in denselben: „Nach den bestehenden deutschen Gesetzgebungen werden die Patente entweder auf Grund einer Vorprüfung oder auf Grund einer einfachen Anmeldung erteilt; im letzteren Falle erhält jeder ein Patent, welcher in der Anmeldung einer angeblichen Erfindung den formellen Anforderungen des Gesetzes gerecht wird, im ersteren Fall nur derjenige, dessen angebliche Erfindung auch wirklich als eine solche erkannt wird. Während das in Elsaß-Lothringen und in der bairischen Pfalz geltende französische Recht die strengste Form des Anmeldesystems vertritt, ist in Preußen das System der Vorprüfungen am schärfsten durchgebildet. In den übrigen Staaten überwiegt ein Verfahren mit beschränkter Vorprüfung. In den Ländern, wo das Anmeldesystem besteht, befriedigen dessen praktische Wirkungen keineswegs. Die Klagen über die dadurch hervorgerufenen Mißbräuche, die Hemmnisse, welche der Industrie durch die Massenhaftigkeit der, grobentheils zum Zwecke schwindelhafter Speculation entnommenen Patente bereitet werden, die üblen Erfahrungen, welche bei der nachträglichen Anfechtung und Vertheidigung der ohne Vor-

prüfung erteilten Patente im Prozeßwege gemacht worden sind, haben in der öffentlichen Meinung jener Länder eine Reaction herbeigeführt, welche die Beseitigung des Systems fordert. Der unbefriedigende Zustand des Patentwesens in Frankreich und England hat bereits vor Jahren die ernste Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Factoren erregt. In Frankreich stellte die Regierung im Jahre 1858 einen Gesetzentwurf auf, welcher den Zweck hatte, zu bewirken, daß die Prüfung der Einwendungen gegen ein Patent möglichst in das Stadium vor seiner Ertheilung verlegt werde. Eingehende Erörterungen in England haben zur Empfehlung der Vorprüfung geführt, welche denn auch in dem jüngsten dem Parlament vorgelegten neuen Patentgesetze Aufnahme gefunden hat. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika besteht seit langer Zeit ein, wenngleich milde gehandhabtes System der Vorprüfung. Unter diesen Umständen konnte für die deutsche Gesetzgebung nur das Vorprüfungs-system in Frage kommen, um so mehr, als die in der Enquete des Bundesraths vernommenen Sachverständigen dasselbe mit einer ganz überwiegenden Mehrheit ebenfalls empfohlen haben. Dabei durften inessen die in den bisherigen Erfahrungen hervorgetretenen Schattenseiten des Vorprüfungsverfahrens nicht außer Acht gelassen werden. Werden die Mängel desselben sich auch nicht vollständig beseitigen lassen, so ist es doch die Aufgabe, sie möglichst zu mildern. Mit Hilfe geeigneter Maßnahmen wird sich voraussichtlich der Prüfung der Patentgesuche der Charakter der Strenge wahren lassen. Wenn auf solchem Wege der Gefahr vorgebeugt wird, daß Industrie und Handel mit nutzlosen oder gar schwindelhaften Patenten überschwemmt werden, so fällt dagegen die Möglichkeit nicht ins Gewicht, daß in dem einen oder anderen Fall unter der strengsten Prüfung auch einem an sich berechtigten Antrage gegenüber der Patentschutz versagt werden möchte. Denn als allgemeiner Gesichtspunkt hat der Gestaltung des Entwurfs überhaupt nur die Voraussetzung zu Grunde gelegen, daß auch für die Regelung des Schutzes der Erfindungen die allgemeinen Verkehrsinteressen in erster Reihe stehen.“

Vor dem hiesigen Kreisgericht wurde heute der Prozeß gegen Dr. Rudolph Meyer wegen des Artikels der „Socialpolitischen Correspondenz“, der sich mit den angeblichen Beziehungen des Fürsten Bismarck zu der Central-Bodencredit-Gesellschaft beschäftigt, wieder aufgenommen. Der Vertheidiger Dr. Quenstedt beantragt zunächst die Vernehmung des Herrn v. Dieß-Dabers als Zeugen. Wie ihm dieser mittheilt, habe der verstorbene Hr. v. Wedemeyer in seiner Broschüre niemals von einer Gründungsbetheiligung des Fürsten Bismarck gesprochen, sondern nur gesagt, er hätte von zwei ihm bekannten lebenden Personen gehört, daß bei der Gründung der Central-Bodencreditgesellschaft auch der Name des Fürsten Bismarck genannt worden sei. Er wolle dahingestellt sein lassen, ob und in wie weit der Name des Fürsten dabei gemißbraucht worden; Thatsache aber sei, daß der Reichszanzler nach der Aussage von Zeugen eine große Anzahl von Actien der Central-Bodencreditgesellschaft zu einem Courfe erhalten habe, welcher dem übrigen Publikum nicht zugänglich war. Die Actien seien dem Fürsten zwar nicht ausgehändigt, wohl aber die ganz bedeutende Coursdifferenz. Durch diese Sache sei Hr. v. Dieß in einen Ehrenhandel mit Hr. v. Blankenburg gerathen und habe denselben „stellen lassen“. Darauf habe Hr. v. Blankenburg einen Brief geschrieben, in welchem es unter Anderem heißt: „Ich nehme keinen Anstand,

findet der Kupferstichsammler denn in dem Körner-Museum auch noch so ziemlich alle Stiche, welche jemals von der Königin Louise und ihrem Gemahl in den Handel kamen und nicht minder die Bildnisse einer beträchtlichen Anzahl deutscher Staatsmänner, Generale, Patrioten aus jener denkwürdigen Zeit.

Ueber das Haus selbst sei noch Folgendes bemerkt. Es liegt leider in einem abgelegenen Theile der Neustadt unweit des japanischen Palais am früheren Kohlmarkt, der jetzigen Körnerstraße. Geboren sind in demselben alle drei Geschwister Körner — das erste lebte nur wenige Monate —, doch war das Haus kein Körnersches Eigenthum. Auch ist der Aufenthalt in demselben auf die Jahre 1785 bis 1793 beschränkt geblieben, freilich diejenige Zeit, in welcher Schiller am häufigsten der Gast seines Dresdener Freundes war, wie ja das Lied „An die Freude“ zu der Vermählung des jungen Baeres gedichtet wurde. Während der Sommermonate siedelten Körner's regelmäßig nach dem Körnerschen Weinberge in Loschwitz über; Schiller hat daselbst mit ihnen namentlich die Sommer 1786 und 1787 verlebt.

Bei dieser Gelegenheit sei die oft laut gewordene Anzweiflung der Echtheit des dortigen, als Schillerhäuschen bekannten Gartenhäuschens berührt. So viel sich hat ermitteln lassen, ist das Holzwerk des kleinen Gebäudes allerdings 1813 durch die Rosalen verheißt worden. Die Mauern einzureißen, hatten sie aber keine Veranlassung und so ist die innere Ausstattung zwar keinesfalls dieselbe, welche Schiller umgeben hat, das Häuschen selbst braucht aber nicht auf die Ehre zu verzichten, den Dichter des Carlos oft und freundlich beherbergt zu haben.

zu einem Gegenstande warmen Interesses macht; dann die Mutter Minna und ihre Schwester Doris Stodt, mit Goethe schon befreundet, als er bei ihrem Vater in Leipzig den Grabschädel handhaben lernte und dazwischen den zwei hübschen jungen Mädchen das Herz schwer machte. Das Körnersche Haus hatte aber in seiner glücklichsten Zeit die geistige und künstlerische Richtung, auf welche Dresden immer als eine städtische Eigenart sich etwas so gute that und auch thun durfte, in liebenswürdiger Weise zum Ausdruck gebracht, so daß dort eine Menge Chorführer der damaligen Literatur und Kunst aus- und eingingen, unter ihnen außer Goethe und Schiller Wilhelm und Alexander v. Humboldt, die beiden Schlegel, Novalis, Amalie v. Imhoff, Elisa von der Recke, Johanna Müller, Frau v. Wolzogen, Dehnen-Schlager, Paer, Heinrich von Kleist, die Herzogin Anna Amalie von Weimar und noch eine Menge Anderer. Was lag für den Begründer des Körner-Museums verführerischer näher als die ihm erreichbaren Bilder und Briefe jener Personen mit in den Bereich seiner Aufgabe zu ziehen und nichts abzuweisen, was dieser interessanten Familie zu einer vollständigen Illustration verhelfen konnte?

Auf der andern Seite kamen ihm Andenken, Waffen, Uniformen von Lützowern zu, die an Theodor Körner's Seite gekämpft haben. Die Zeit der Befreiungskriege begann, indem er sammelte und sammelte, eine immer lebendigere Signatur anzunehmen. Familien-Archive öffneten sich ihm. Vergilte Correspondenzen wurden ihm angeboten, zum Theil auch für das Museum überantwortet und so füllte sich die Scheuer mit köstlicher Habe, bis ihm eines schönen Tags nichts anderes übrig blieb, als in jenes historische Zimmer auch noch alle diejenigen mit aufzunehmen, welche die Befreiungszeit mit heraufbeschworen hatten. Und so

zu wiederholen, was ich weiß. Die Actien wurden zum Course von 106 an der Börse gehandelt und von Bismarck's Banquier zu 108 bedeutend gekauft. Staatsanwalt Vertram widerspricht der Vernehmung des Hrn. v. Dieft und der Gerichtshof lehnt sie ab, weil Hr. v. Dieft sich möglicherweise durch sein Zeugnis selbst begünstigen würde. — Der erste Zeuge Geh. Commerzienrath v. Weichroder definiert, er stehe seit 20 Jahren in freundschaftlichen Beziehungen zum Fürsten Bismarck und verwalte seit 15 Jahren dessen Privatvermögen. Er erkläre Angesichts seiner Bücher und seines abzuleistenden Eides, daß der Fürst Bismarck weder durch ihn selbst, noch durch Vermittelung seines Hauses zu den preussischen Central-Bodencredit-Actien in Beziehung gestanden habe, weder bei der Gründung noch bei der Confortialbetheiligung, noch bei Differenzgeschäften, wie er überhaupt nicht ein einziges Geschäft in Central-Bodencredit-Actien für den Fürsten gemacht habe. Der Fürst besitzt Pfandbriefe der russischen, wie der preussischen Central-Bodencredit-Gesellschaft und dieser Umstand möge jenen Irrthum veranlaßt haben. Auf die Frage des Vertheidigers erklärt es ferner Zeuge für unmöglich, daß dritte oder vierte Personen für den Fürsten Geschäfte der angeführten Art gemacht hätten. — Der zweite Zeuge, Hr. v. Blantburg, erklärt: Anfang Januar 1875 habe v. Dieft in einer Gesellschaft dunkle Andeutungen über die Sache gemacht, dann ihm später privatim erzählt, daß bei der Gründung der Central-Bodencreditbank eine halbe Million Actien an den Fürsten gegeben worden sei. Zeuge habe dies für ganz unmöglich erklärt, aber doch, um dem Gerichte die Spitze abubrechen, beim Reichskanzler persönlich Informationen eingezogen, und dieser habe ihm unterm 18. Januar zurückgeschreiben: alle diese Redensarten seien einfache Drogenbläse; er habe niemals die Central-Bodencreditgesellschaft aus seinen Privatmitteln unterstützt, und so viel er wisse, habe er noch niemals Actien der Bank begeben; später habe ihm der Reichskanzler mündlich gesagt, daß vielleicht sein Bankier ohne seinen Auftrag derartige Actien, nachdem dieselben an der Börse gegeben waren, gekauft und verkauft habe. Das habe Zeuge denn auch an v. Dieft mitgetheilt; dieser sei aber bei seinen Behauptungen absolut stehen geblieben. Später habe Zeuge noch einmal mit dem Fürsten Bismarck über diesen Gegenstand gesprochen, und dabei den Eindruck erhalten, daß der Fürst der Meinung war, sein Bankier habe eben allerdings ohne sein Wissen Actien der Central-Bodencreditbank gekauft. Das habe er zur Abwehr der Verleumdungen mehreren Leuten mitgetheilt, und wenn es sich jetzt als Irrthum herausstellt, so müsse er erklären, daß Bismarck ihn in keiner Weise zu einer solchen Veröffentlichung verurteilt habe. Der Vertheidiger liest eine Stelle aus einem Briefe des Zeugen vor, wo derselbe direct behauptet, daß ohne Vorwissen des Fürsten für ihn Actien zum Course von 106 oder 108 in größeren Summen angekauft und vortheilhaft verkauft seien. Zeuge erklärt, daß er diese Zahlen nicht vom Fürsten wisse, und daß er später erkannt, in diesen Angaben sich geirrt zu haben. — Hr. v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß er mit der Finanzierung der Central-Bodencreditgesellschaft gar nichts zu thun gehabt habe; auch mit der Verwaltung des Vermögens des Reichskanzlers habe er sich niemals befaßt und er könne deshalb auch nicht wissen, ob der Fürst jemals Actien der Bank begeben habe. In den Sitzungen des Ausschusses sei niemals davon die Rede gewesen. Dagegen habe ihm v. Wedemeyer im Unionclub derartige Andeutungen gemacht, die er, der Zeuge, sofort als abgehacktes und verleumderisches Gerede zurückgewiesen habe. — Hr. v. Kardorff erklärt, daß ihm absolut nichts darüber bekannt sei, ob der Reichskanzler direct oder indirect bei der Central-Bodencredit-Gesellschaft theilhaftig war; er habe auch nie etwas von dritten Personen darüber gehört. — Der Staatsanwalt führt aus, der Angeklagte habe die, wie nachgewiesen, grundlosen Verleumdungen der „Reichsglocke“ indern er sie in seine „Soc.-Pol. Corr.“ aufgenommen, zu verbreiten sich bemüht; er nehme gewissermaßen die Stellung eines wissenschaftlichen Bearbeiters derselben ein und sei darum besonders hart zu strafen. Die Beleidigung richte sich gegen den ersten Staats- und Reichsbeamten und erhebe eine der schwersten Schmähungen gegen denselben. Er beantrage deshalb das Strafmaximum des § 186 des Reichs-Strafgesetzbuchs, nämlich 2 Jahre Gefängnis und beantrage die sofortige Verhaftung des Angeklagten. — Der Vertheidiger führt aus, der Angeklagte habe sich die Insultationen gegen den Fürsten Bismarck nicht selbst angeeignet; er habe nur als Redacteur der „Soc.-Pol. Corr.“ die Pflicht gehabt, die Zeitungsredactionen auf die Artikel der „Reichsglocke“ aufmerksam zu machen. Man möge doch ablassen, den Fürsten als einen ganz außerordentlichen Menschen darzustellen und möge lieber an dem Sage festhalten, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind. Der Vertheidiger bittet, den Angeklagten freizusprechen oder höchstens mit einer Geldstrafe zu belegen. — Der Gerichtshof fällt nach einstündiger Berathung das Urtheil dahin, daß die Publication des Artikels die Verbreitung von ehrenrührigen Thatsachen involvire und daß der Wahrheitsbeweis nicht gelungen sei; bei Abmessung der Strafe falle erschwerend ins Gewicht, daß der Vorwurf der Falschheit gemacht sei, daß die Beleidigung gegen einen Mann in so hoher Stellung sich richte und der Angeklagte sich selbst zum Zeugen für den Wahrheitsbeweis angeboten. Dagegen sei strafmildernd, daß der Angeklagte noch nicht wegen Beleidigung bestraft sei, daß die Aussagen der Herren v. Dieft und v. Wedemeyer ihn sehr wohl in Irrthum hätten verweisen können, daß er nicht der Erste sei, der diese Verleumdungen verbreitet. Daher sei auf 9 Monate Gefängnis zu erkennen. Die Verhaftung des Angeklagten lehnt der Gerichtshof ab.

* Ein von dem gesammten preussischen Staatsministerium gegengezeichnetes „Gesetz“ des Kaisers bestimmt mit Zustimmung des Fürsten von Waldeck und des dortigen Landtags, daß die Waldeck'schen Cassenanweisungen mit dem 30. Juni d. J. werthlos werden. Das Gesetz ist auch von dem waldeck'schen Landesdirector v. Sommerfeld mit gegengezeichnet.

* Die Wochen-Ausweise der deutschen

Zettelbanken vom 7. Februar 1877 schließen mit folgenden summarischen Daten ab: Es betrug der gesammte Kassenbestand 754 413 000 Mk., d. h. der Vorrathe gegenüber mehr 2 990 000 Mk.; der Wechselbestand zeigt mit 627 902 000 Mk. einen Rückgang um 17 690 000 Mk., die Lombardforderungen in Höhe von 87 141 000 Mk. einen solchen von 2 240 000 Mk.; ferner hat sich der gesammte Notenumlauf bei einem Betrage von 922 388 000 Mk. um 21 216 000 Mk. vermindert, während die täglich fälligen Verbindlichkeiten mit 196 402 000 Mk. einen Zuwachs um 14 859 000 Mk. nachweisen; die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten in Höhe von 97 085 000 Mk. zeigen eine Abnahme von 7 422 000 Mk.

Limburg a. d. L., 10. Februar. Von hier schreibt man dem „Rhein. Cur.“: Bisher gab man sich über den gegenwärtigen Aufenthalt des Bischofs Blum allerlei Vermuthungen hin. Die heute von der Kanzel verlesenen Fastenvorschriften geben darüber Aufklärung; dieselben sind von Rom aus datirt.

Schweiz.

Bern, 10. Februar. In Genf hat in dem zwischen den Römisch-katholischen und Alt- oder Nationalkatholiken des Bezirkes der dortigen Notre-Dame-Kirche schwebenden Prozesse so eben wieder ein Termin stattgefunden, auf welchem die Staatsanwaltschaft ihr Rechtsbegehren stellte, das in Uebereinstimmung mit dem des Anwalts der Alt-katholiken auf Abweisung der Eigenthums-Ansprüche der römisch-katholischen Klägerschaft (Mermilod und Comp.) lautet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Urtheil des Gerichtshofs dem Begehren entsprechen. — Der Regierungsrath des Cantons Zürich hat die Verfassung der christ-katholischen Nationalkirche und Hrn. Herzog als deren Bischof anerkannt.

Frankreich.

+++ Paris, 14. Febr. Die Abgeordnetenwahl im Vaucluse-Departement, die in Folge der Wahlumtriebe des legitimistischen Candidaten Dubemane so viel von sich hat reden machen, hat am 11. stattgefunden und folgendes Resultat gehabt: Dubemane 8382; Eugen Raspail (gemäßigter Republikaner, 4670; Saint-Martin, Zentralfreie, 4799 Stimmen. Es wird also eine Stichwahl nothwendig und da Herr Raspail im „Journal du Midi“ im Voraus erklärt hat, daß er für den Fall einer engeren Wahl, oder falls sich auf Saint-Martin mehr Stimmen vereinigen sollten als auf ihn selber, zu Gunsten des letzteren Candidaten zurücktreten würde, steht der Sieg des radicalen Saint-Martin mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten. — Der „Moniteur“ bringt folgende Mittheilung: „Mehrere Blätter melden als ganz zuverlässig den Austritt dreier Minister, Decazes, Fourichon und Martel, und die Ernennung eines Unterstaatssecretärs für das Innere. Unsere Nachrichten bestätigen diese Angabe nicht.“ — Der Ausschuss, welcher mit der Prüfung des Raspail'schen Antrages zum Ehegesetz bezüglich der Geistlichkeit beauftragt worden war, hat sich für das in Betrachtziehen desselben ausgesprochen. — Der möglichst despotisch gesinnte Præsidium des Ministeriums des Innern hatte dem Ministerpräsidenten eine lange Liste ausländischer Zeitungen vorgelegt, deren Verbot in Frankreich er in Vorschlag brachte, Jules Simon war jedoch einsichtig genug, den Vorschlag von der Hand zu weisen. — In der „Estafette“ und im „Bien Public“ spukten wiederum vorläufig ganz unüberhörte Gerüchte von dem Rücktritte des Herzogs Decazes. Auch berichtet das letztgenannte Blatt über eine großartige Fälschung von Schatzbonds, der man auf die Spur gekommen wäre und die sich auf eine geringere Summe als fünf- und zwanzig Millionen beläuft. — Gambetta und seine Freunde machen im Laufe dieses Winters an den Sonntagen eine löbliche Propaganda zu Gunsten der Errichtung von Volksbibliotheken. In den vollstehenden Vorstädten hält allsonntäglich ein republikanischer Abgeordneter oder Senator einen Vortrag zum Besten solcher Institute, und Gambetta selbst, der regelmäßig den Vorstoß führt, entläßt die zahlreiche und dankbare Zuhörerschaft nie, ohne eine besonders anregende und belebende Ansprache an sie zu richten. Gestern behandelte der beliebte und redefertige Maurer Nadaud in Belleville die Unterrichtsfrage vom Standpunkte eines intelligenten und besonnenen Arbeiters. Gambetta sagte dann in seinem Schlussworte, daß er mit Nadaud nicht in allen Stücken einverstanden sei. Dieser hatte nämlich u. a. die seltene Geschicklichkeit der englischen Handarbeit gerühmt und daraus erklärt, daß der Arbeiter immer nur denselben besonderen Gegenstand fabricire. Dagegen meinte Gambetta, indem er gelegentlich auf die Lyoner Krise zu sprechen kam, es sei dort nicht möglich gewesen, für die nothleidenden Arbeiter so gleich eine andere Beschäftigung zu finden, weil man heutzutage den Mann immer nur an dieselbe Aufgabe spanne und Zeit Lebens in die Treitmühle einer einzigen Function einpresche. Eine zum Besten der Lyoner Armen veranstaltete Collecte ergab 580 Fr., woraus allein man schon ersehen kann, daß ein starkes und zum guten Theile auch der Bourgeoisie angehöriges Publikum diesen Vorträgen folgt. — Der republikanische Ministerpräsident der französischen Republik, Herr Jules Simon, ist zum Großkreuz des brasilianischen Rosenordens ernannt worden. Die monarchischen Blätter, welche sich darüber nicht wenig aufhalten, behaupten, daß diese Auszeichnung Herrn Jules Simon „auf Empfehlung des Prinzen Joinville“, bekanntlich eines nahen Verwandten des Kaisers von Brasilien, zu Theil geworden wäre.

Italien.

Rom, 10. Febr. In Folge der von einigen Gruppen der Linken und äußersten Linken kundgegebenen Unzufriedenheit hat der Ministerpräsident die Mitglieder der Majorität gestern zu einer Versammlung zusammenberufen und den Anwesenden auseinanderzusetzen, er könne nicht zugeben, daß man ein Comité ernenne, welches gleichsam das Ministerium überwachen solle, er erlaube aber die Herren, jeden Sonabend und jeden Dienstag bei ihm im Minerva-Kloster zusammenzukommen, wo man alle die Majorität interessirenden Dinge, Reformen, Gesetzesprojecte u. s. w. besprechen werde. Man sieht hieraus, daß Depretis sich alle Mühe giebt, den vielen neuen Deputirten Unterricht in der Beobachtung parlamentarischer Gewohnheiten zu ertheilen. Das „Diritto“ und

Nicotera's „Verfaglieri“ versichern, daß Crispin, der Präsident der Deputirtenkammer nicht daran denke, dem Ministerium Verlegenheit zu bereiten. Die „Libertà“ meldet, daß der Ministerpräsident binnen Kurzem den Volksvertretern ein Gesetz vorlegen werde, laut welchem die Wahlsteuer auf türkischen Weizen um die Hälfte reducirt und die Abgabe selbst künftig nach dem Gewicht und nicht nach dem Maßmesser mehr erhoben werden soll. Die Ausgaben vom beweglichen Vermögen wird angeblich von 13 1/2 Proc. auf 5 Proc. reducirt werden. Das Gesetz zur Einführung des zwangsweisen Elementar-Unterrichts wird nächsten zur Verathung kommen, die schädliche Macht, welche die Priester auf das öffentliche und Familienleben ausgeübt, ist durch das vielbesprochene, von Mancini eingebrachte Gesetz so gut wie vernichtet. Dies Alles sind Reformen, welche Depretis in dem zu Stradella verkündeten Programme verheißt hat, es ist also für die entschiedene liberale Partei kein Grund vorhanden, zu wünschen, daß er abtrete, um so weniger, als weder von der Linken noch von der Rechten Stimmen laut geworden sind, die seine Ehrlichkeit, seine Gewissenhaftigkeit in der Verwaltung der Finanzen in Zweifel ziehen. — Der Kaiser von Brasilien hat dieser Tage wiederholt mit seiner Gemahlin den Professor Palmieri und die Sternwarte auf dem Vesuv besucht und wird sich künftige Woche nach Rom, dann nach Florenz, dann nach Mailand begeben und endlich einige Wochen am Comer See verweilen.

— 12. Februar. Ein permanentes Geschwader, bestehend aus den Panzerschiffen „Roma“, „Venezia“, „Palestro“, „Affondatore“, „San Marino“ und „Darefo“ ist von Spezia nach Tarent abgegangen, von wo es vielleicht nach dem Piräus dampfen wird. — Wie der „Verfaglieri“, das Organ des Ministers des Innern, schreibt, verbleibt Midhat noch zwei Tage in Brindisi, bis die Frage seiner Weiterreise gelöst ist. Die Deputation, welche er empfangen hat, bestand aus Engländern und Neapolitanern.

England.

London, 13. Februar. Der „Observer“ betont die Widerlegung, welche das hier geflüchtete Verbrechen der Verleumdung einer erheblichen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Premier-Minister und Lord Salisbury erfahren hat, da im Gegentheil aus den im Wesentlichen gleichlautenden Bemerkungen Lord Salisbury's und Lord Derby's ein vollständiges Einverständnis mit den übrigen Cabinets-Mitgliedern hervorgeht. — Den wiederholt von der Opposition der Regierung gemachten Vorwurf, die Pforte zum Widerstande ermutigt zu haben, hält das vorerwähnte Wochenblatt genügendemassen durch den Inhalt der nunmehr veröffentlichten Blaubücher widerlegt. Es ergebe sich daraus, daß die Regierung Anfangs jeder diplomatischen Einmischung in die türkischen Angelegenheiten entschieden abgeneigt gewesen und erst als veränderte Umstände eine handelnde Politik wünschenswerth erscheinen ließen, den Widerstand der Türkei durch alle nur möglichen Mittel, die Drohung mit Zwangsmassregeln allein ausgenommen, zu entmuthigen bestrebt gewesen sei. Als das Hauptergebnis der Debatten betrachtet „Observer“ die Thatsache, daß Regierung und Opposition sich gegenseitig über ihre Politik aufgeklärt hätten, bei welcher Gelegenheit mehr ein Unterschied in den Mitteln als den Zielen zu Tage getreten sei. Für den Fall fortgesetzter Hartnäckigkeit der Türkei in der Reformfrage verwerfe die Regierung die Anwendung von Zwangsmassregeln zur Erreichung des gemeinsamen Zieles als unzumuthig, während die Opposition grade Zwangsmassregeln für ersprießlich hält. — Bezüglich der gefrigen Interpellation des Schatzkanzlers durch Sir George Campbell, über die Stellung Sir Elliot's zur Pforte bemerkt die „Morning Post“: Wenn Sir George Campbell statt der Zeitungen die Blaubücher zu Rathe gezogen hätte, so würde er gefunden haben, daß Sir Henry Elliot noch jetzt Botschafter in Konstantinopel ist und dem Sultan niemals ein Abberufungsschreiben überreicht habe. — Im South-Kensington-Museum hielt vorgestern der liberale Vertreter von Pembroke, Mr. C. Reed, der bekannte Schiffbauer und nautische Schriftsteller, eine öffentliche Vorlesung über den Schiffsbau. Man habe bis auf die neuere Zeit nach alten Mustern gebaut und hauptsächlich nach größeren Formen gestrebt. Die Einführung des Eisens als Baumaterial und die Dampfkraft hätten eine große Mannigfaltigkeit der Modelle zur Folge gehabt. Erst seit jener Zeit gäbe es lange Schiffe. Lloyd's Liste vom vorigen Jahre führe z. B. 36 Schiffe auf, die sämmtlich 400 F. Länge oder mehr hätten; einige wären einmal so lang als breit. Im Gegensatz dazu besäße Rußland ein Schiff, „Rongorod“, das eben so breit wie lang sei. Von bemerkenswerther Länge sei in der britischen Marine der „Minotaur“. Es frage sich, ob lange Schiffe nothwendig seien. Zur Erzielung größerer Schnelligkeit sei Länge nicht nothwendig, dafür gebe es andere Mittel. Die Hauptsache sei, den Schiffen eine starke Druckkraft zu verleihen; Kanibelschiffe aber z. B., statt vier oder fünf Mal stärker zu sein als unumgänglich nothwendig, würden meistens nur von knapp genügender Stärke gebaut. In vielen Fällen werde die Sicherheitslinie sogar überschritten, daher sei manches lange Schiff, welches in See gegangen, verschollen. Die Einführung des Stahles als Baumaterial habe ebenfalls große Einwirkung auf die Construction der Schiffe gehabt und stelle dem Schiffsbauer neue Aufgaben. Jedenfalls sehe die große Länge eines Schiffes immer eine bedeutend verstärkte Bauart voraus und Kriegsschiffe dürften in den Tagen der Widerstandsschiffe und Torpedos gewiß nur kurz und leicht sein. — Bei einer Reihe von Versuchen, welche in Gegenwart des Vice-Admirals Hornby und anderer Officiere am Freitag Abend in Chatham mit dem electrischen Licht der „Alexandra“ angestellt worden sind, hat sich dasselbe vorzüglich bewährt. Der auf mehrere englische Meilen weit entsandte mächtige Lichtstrahl gewährte genügende Helligkeit, um ein etwaiges feindliches Schiff oder gefährliche Felsen von Bord aus deutlich wahrzunehmen. — Aus Pera wird dem „Daily Telegraph“ berichtet, daß der Pforte die Anzeige von der gestern erfolgten Abreise des Herrn Christies des politischen Agenten des Fürsten Milan, von Belgrad gemeldet worden ist. Christies nimmt seinen Weg über Orsova, Bucharest und Borna

und wird wahrscheinlich schon am Nachmittage des künftigen Sonntages in Konstantinopel eintreffen, um folglich nach seiner Ankunft die directen Friedensverhandlungen zwischen Serbien und der Pforte zu beginnen und ohne Zweifel zu einem befriedigenden Abschlusse zu bringen. Montenegro ist noch in Unterhandlungen mit der Pforte befaßt. — Ein Gerücht über bevorstehende Veränderungen im Kriegs-Ministerium wird durch eine Depesche aus Pera von gestern dementirt. — Am 1. März erscheint die bereits seit lange angekündigte Selbstbiographie von Harriet Martineau.

Schweden.

Stockholm, 11. Februar. Der Vertheidigungsausschuss zieht in diesem Jahre am meisten von allen Commissionen die Aufmerksamkeit auf sich, und man ergeht sich in allen möglichen und unmöglichen Combinationen über das Resultat seiner Arbeiten. — Wenn auch mit größter Bestimmtheit anzunehmen, daß die Mitglieder der 2. Kammer im Ausschusse gegen den diesjährigen Uebergangsvorschlag stimmen, so ist es dagegen sehr unsicher, ob Mitglieder des anderen Hauses ihrer Ansicht beitreten. — In der 2. Kammer herrschen wirklich, man kann fast sagen, so viele verschiedene Ansichten in der Heeresordnungsfrage, als das Haus Abgeordnete zählt, was sich am Besten bei Wahl der Ausschussmitglieder documentirt. — Man ist eben nur einig in den Forderungen, Wegfall der Grundsteuern, Rüstkosten und Rekrutierungskosten zc., was man dagegen als Aequivalent bieten soll, darüber ist man sich noch nicht recht klar, und jedes Fraktions-Mitglied gestaltet sich eben „vorläufig“ noch seine eigene Ansicht darüber zu haben. Am liebsten möchte die Bauernpartei wohl ihren 1873er Heeresordnungs-vorschlag von der Regierung adoptirt sehen, d. h. einen geübten Stamm geworbener Truppen und etwas verlängerte Dienstzeit der Bewegungsmannschaften, darauf wird die Regierung jedoch nie eingehen, sie wird das jetzige Inbeldungs-System nicht aufgeben, ehe nicht das Vertheidigungswesen, vollständig auf allgemeine Wehrpflicht basirend, vollführt ist.

Türkei.

* Ueber den Sturz Midhat Pascha's schreibt man der „P. C.“ aus Konstantinopel, 6. Februar: Midhat Pascha wird des Verbrechens der Majestäts-Beleidigung beschuldigt. Alle Welt hält dafür, daß dies eine reine Verleumdung sei. Derselbe fiel vielmehr einer erbärmlichen Palast-Intrigue zum Opfer. Mahmud Damat Pascha, Großmeister der Artillerie und Schwager des Sultans, und der Kriegsminister Redif Pascha waren die Seele dieser Intrigue und wurden durch die Schwester des Sultans Hamid, Djemile Sultane, und mehrere Palast-Officiere unterstützt. Alle die Genannten konnten den geraden und entschiedenen Charakter Midhat's nicht ertragen. Sie bearbeiteten in geschickter Weise den Sultan; sie gaben ihm zu verstehen, daß die Popularität, deren Midhat im ganzen Reiche sich erfreut, für seinen Thron gefährlich und sein Prestige zu verdunkeln geeignet sei; endlich hinterbrachten sie ihm, daß Midhat und seine Partei gegen den Thron conspiriren und daß es sich um nichts Geringeres als um seine Absetzung und Erhebung seines Bruders Reischad Effendi auf den Thron handle. Als Beweise führten sie dem Sultan nichts als Reberieen und vage Indicien an. Als einziges angebliches Document, das dem Sultan vorgelesen wurde, sollte ein Entresilet im Journal „La Turquie“ gelten. Dasselbe behandelt den Aufenthalt Zia Bey's in Smyrna und die Reden, welche dieser ehemalige Führer der „Jungen Türkei“ und gegenwärtige General-Gouverneur von Syrien auf seiner Durchreise in Smyrna gehalten hat. In einer seiner Ansprachen redete nämlich Zia Bey von den constitutionellen Principien und hierbei entschlopfte ihm die Aeußerung, daß der Sultan der erste Diener des Staates sei. Unter Berufung auf dieses Entresilet wurde dem Padiſchah die Meinung beigebracht, daß Zia Bey einer der Verschworenen und von Midhat beauftragt sei, die Bevölkerung auf einen Regierungswechsel vorzubereiten. Der junge Monarch fand dies Alles glaubhaft und forderte Midhat sofort und zweimal nach einander auf, seine Demission zu geben. Dieser antwortete, daß er es als treuer Unterthan und aufrichtiger Patriot für seine heilige Pflicht halte, unter so kritischen Umständen nicht freiwillig zu weichen und daß er nur gehen werde, wenn er abgesetzt würde. Dieses hartnäckige Festhalten Midhat's an seiner Gewalt verflümmerte noch die Sachlage und bestärkte den Sultan in seinem Verdachte. Alsdann wurde in einem im Palaste abgehaltenen Conventil beschloffen, daß es am besten sei, Midhat in eine Falle zu locken, um sich seiner ohne Aufsehen und ohne Gefahr zu entledigen. Dies wurde auch gestern früh ausgeführt. Auf Verlangen des Sultans begab sich Midhat Pascha gestern gegen 10 Uhr Morgens in den Palast von Dolma-Bagdsche. Dasselbst gönnte er sich, seiner Gewohnheit gemäß, in dem Wartesaal für die zur Audienz beim Sultan zugelassenen Personen einige Augenblicke der Ruhe und ließ sodann dem Sultan melden, daß er zu seiner Verfügung stehe. Als er bemerkte, daß ihn der Sultan gegen seine sonstige Gewohnheit mehr als eine Stunde vergebens warten ließ, richtete er durch einen Kämmerer an den Sultan die Bitte, ihn nicht länger warten lassen zu wollen, da er mit Staatsgeschäften überhäuft sei. Hierauf stürzten sich vier auf der Pforte stationirte Abjuranten aus dem kaiserlichen Appartement auf Midhat Pascha, legten ihm Handfesseln an und erklärten ihm, daß er Gefangener sei und in wenigen Augenblicken in die Verbannung abgehen werde. Midhat Pascha empfing diese Mittheilung mit seiner gewöhnlichen Kaltblütigkeit und sprach nur die Worte: „Gott rette mein Vaterland“. Eine Stunde darauf wurde Midhat Pascha auf dem Dampfer „Iszbeddin“ eingeschifft, der sich bereits beheizt vor dem Palaste von Dolma Bagdsche befand. Gleichzeitig wurde der Konak des Ex-Großveziers von einer Abtheilung Polizei-Agenten cernirt und behufs Auffindung der vermeintlichen Complott-Documente durchsucht. Gefunden wurde zwar nichts, dafür aber verhaftete man alle im Hause Midhat's befindlichen Leute, ohne dabei auch nur die Frauen und Sklaven auszunehmen. Auf der ganzen Küste, wo der „Iszbeddin“ passiren mußte, waren starke Truppen-Detachements aufgestellt, um das übrigens unmögliche Entweichen

gelber				Pr. 4 1/2 com.	104,10	104,1
April-Mai	223	223,50		Wst. 3 1/2, P. Pds.	92,20	92,2
Mai-Juni	223,50	223,50		do. 4 1/2 do.	82,90	82,6
Loggen				do. 4 1/2 do.	94,40	94,4
April-Mai	164	164,50		Berg.-Mart. Gsh.	101,50	101,4
Mai-Juni	162	162		Rombardeu. Gsh.	78	78,1
Petroleum				Franken	128	127,5
Jahr 200 8				Rumänien	394	393
Februar	33,50	35,30			12,40	12,3
März April-Mai	74	74		Wein. Eisenbah.	107,90	108
Sept.-Okt.	69	69,20		Oest. Credit-Anst.	242	243
Spiritus loco				Russ.-engl. A. 82	82,30	82,2
Febr. 1893	54,70	54,30		Oest. Silberrente	55,70	55,7
April-Mai	56,20	55,70		Russ. Banknoten	253,70	253,8
Engl. Sch. A. II.	79	78,60		Oest. Banknoten	164,90	164,8
				Wschfclers. Bond.	20,38 1/2	—
Ungar. Staats-Pf. Prior. C. II.					56,40	
Wschfclers. Warshan 8 Tage					252,70	
Rendebatterie Mill.						

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist heute unter No. 312 die Gesellschaft in Firma **Brandt & Schumann** zu Danzig eingetragen worden.

Die Gesellschafter sind:
1. der Kaufmann Gustav Drehs
Schumann,
2. der Kaufmann Eduard Adolph
Brandt,
Beide zu Danzig.

Die Gesellschaft hat am 13. Februar 1877 begonnen.

Danzig, den 15. Februar 1877.
Königl. Commerz- u. Admiraltäts-Collegium.

Aufgebot.

A. Nachstehend bezeichnete Hypotheken-Dokumente, nämlich:

- 1) ein Dokument über die im Grundbuche von Danzig, Scheideggergasse No. 12 Abth. III No. 5 zufolge Verfügung vom 24. October 1815 eingetragene, für den Kaufmann Johann Ernst Uphagen subingrossirte Darlehensforderung von 1000 R., verzinslich mit 5%, bestehend aus der Schuldburde vom 19. August 1815, dem Requisitionsscheine vom 26. November 1822, den beiden Eintragungsvermerken vom 30. Mai 1828, der vidimirten Abschrift der Urkunde vom 26. November 1830 und dem Eintragungsvermerk vom 4. October 1831;
- 2) ein Dokument über das im Grundbuche von Mönchengrabing No. 4 Abth. III No. 7 für die Wittwe Marie Helene Ortman geb. Lötter zufolge Verfügung vom 9. Februar 1849 eingetragene Surplusreserve, bestehend aus dem Verträge vom 15. April 1847 und dem Requisitionsscheine vom 9. Februar 1849;
- 3) ein Dokument über die im Grundbuche von Neu-Rammbaum No. 19 Abth. III No. 7 zufolge Verfügung vom 11. März 1867 eingetragene, für den Schneidermeister Friedrich August Cöhs subingrossirte Forderung von 400 R., verzinslich mit 5%, bestehend aus der Obligation vom 1. März 1867, dem Hypothekenbuchsatzungen vom 18. März 1867 und 12. November 1867;
- 4) ein Dokument über die im Grundbuche von Seeburg No. 4 Abth. III No. 2 für den Förster Carl Conrad zufolge Verfügung vom 27. Dezember 1856 eingetragene Darlehensforderung von 50 R., verzinslich mit 6%, bestehend aus der Schuldburde vom 18/20 Dezember 1856 und dem Hypothekenbuchsatzungen nebst Eintragungsvermerk vom 31. Dezember 1856;
- 5) ein Dokument über die im Grundbuche von Hochzeit 36 Abth. III No. 1 für den Erbzinnsmann Martin Böhne zufolge Verfügung vom 25. April 1835 eingetragene Darlehensforderung von 200 R., verzinslich mit 5%, bestehend aus der Schuldburde vom 11. April 1835 und dem Requisitionsscheine nebst Eintragungsvermerk vom 25. April 1835;
- 6) ein Dokument über die im Grundbuche von Hochzeit 36 Abth. III No. 2 zufolge Verfügung vom 1. Februar 1842 für den Eigentümer Martin Böhne eingetragene Darlehensforderung von 100 R., verzinslich mit 5%, bestehend aus der Schuldburde vom 29./31. Januar 1842 und dem Requisitionsscheine nebst Eintragungsvermerk vom 1. Februar 1842;
- 7) ein Dokument über die im Grundbuche von Danzig, Hausdorfer No. 7 Abth. III No. 1 für die vereinigten Hospitaller zum „heiligen Geist“ und „St. Elisabeth“ zufolge Verfügung vom 28. Februar 1856 eingetragene rüchtlängigen Kaufgelber von 2000 R., verzinslich mit 4%, bestehend aus dem Kaufcontract vom 3. Januar 1855, dem Hypothekenbuchsatzungen vom 4. März 1856 und dem Eintragungsvermerk vom 4. März 1856;
- 8) ein Dokument über die im Grundbuche von Schmerblod No. 30 Abth. III No. 5 für die Julie Justine Strehlau zufolge Verfügung vom 20. August 1848 eingetragene mütterliche Erbgeberforderung von 875 R. 25 S., verzinslich mit 4% nebst Zugabe von einer Kuh werth 33 R. 10 S., einer Kommode werth 6 R., eines Bettes werth 50 R., bestehend aus einer beglaubigten Abschrift des Erbzeugnisses vom 10. Mai 1848, dem Requisitionsscheine vom 20. August 1848 und dem Eintragungsvermerk vom 23. August 1848,

sind angeblich verloren gegangen. Alle diejenigen, welche an den vorbezeichneten Hypothekendokumenten als Eigentümer, Erben, Cessionare, Pfand- oder sonstige Briefinhaber Ansprüche zu haben vermeinen, werden aufgefordert, diese Ansprüche spätestens im Termine

am 15. Mai 1877, Vormittags 11 Uhr, vor Herrn Stadt- und Kreisgericht's Rath Altmann im Verhandlungszimmer No. 14 anzumelden, widrigenfalls alle unbekannten Interessenten mit ihren Ansprüchen präcluidirt und die Dokumente ad 1, 3 und 7 behufs neuer Aufsertigung, ad 2, 4, 5, 6 und 8 behufs der Löschung für kraftlos erklärt werden sollen.

B. Ferner werden alle diejenigen, welche an die im Grundbuche von Remenade No. 8, Abtheilung III No. 3, gemäß Verfügung vom 2. Juli 1848 auf Grund des Erbzeugnisses vom 1. April und 1. Juni, bestätigt am 7. Juni 1844 eingetragene Erbtheilsforderungen des Johann Gottfried Schulz und der Caroline Florentine Schulz von je 15 R. 12 S. 6 A. und 5 S. Zinsen als Eigentümer, Erben, Cessionare, Pfand- oder sonstige Briefinhaber Ansprüche zu haben vermeinen, aufgefordert, diese ihre Ansprüche spätestens im Termine

den 15. Mai 1877, Vormittags 11 Uhr, anzumelden, widrigenfalls alle unbekannten Interessenten mit ihren Ansprüchen präcluidirt und die Posten gelöscht werden.

Danzig, den 2. Februar 1877.
Kgl. Stadt- u. Kreis-Gericht.
I. Abtheilung. (300)

Bakante Lehrerstellen.

An unsern städtischen Gymnasium sind zu Ostern d. J. eine ordentliche Lehrerstelle mit 2100 Mark Gehalt und eine wissens-

chaftliche Hilfslehrerstelle mit 1950 Mark Gehalt (beide Stellen incl. Mieths-Einstufung) zu belegen.

Erforderlich ist die volle Facultas für die alten Sprachen, daneben Deutsch und wo möglich Französisch.

Qualifizierte Bewerber, welche das Probejahr bereits absolviert haben, wollen uns innerhalb 14 Tagen ihre Meldungen nebst Zeugnissen und einem Gesundheits-Attest einreichen.

Danzig, den 9. Februar 1877.
Der Magistrat. (346)

Bekanntmachung.

Die Eigentümer der im VII. Polizeirevier Langefuhr, Neuschottland, Strich 2c. belegenen Grundstücke werden nach der Polizei-Verordnung vom 26. Mai 1863, § 3, betreffend die Revision der Contracte über die Reinigung der Schornsteine, hierdurch aufgefordert, die mit den Schornsteinfeger-Meistern abgeschlossenen Contracte dem Unterzeichneten innerhalb 14 Tagen im Bureau der Feuerwehr (Stadthof) vorzulegen.

Danzig, den 15. Februar 1877.
Der Brand-Director.

Der Bau einer Seilerbahn

soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden und ist zu diesem Zwecke

Dienstag, den 20. Februar er., Vormittags 10 Uhr,

Termin im Bureau der Artillerie-Werkstatt, Hühnergasse No. 7b, angelegt worden.

Postmäßig verschlossene Offerten mit der Aufschrift:

„Offerte zum Bau einer Seilerbahn“ sind bis zu diesem Termine einzureichen.

Bedingungen und Kostenanschlag sind im genannten Bureau einzusehen.

Danzig, den 3. Februar 1877.
Direction der Artillerie-Werkstatt.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist die in unserm Gesellschaftsregister sub No. 15 eingetragene Firma

Abraham & Kleppien gelöscht. Liquidatoren sind die bisherigen Gesellschafter, Kaufleute Robert Abraham und Otto Kleppien hieselbst.

Flatow, den 8. Februar 1877.
Königl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Concurs-Eröffnung.

Königl. Kreis-Gericht zu Elbing.
I. Abtheilung.

den 14. Februar 1877, Mittags 1 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kürschnermeisters **C. Moldenhauer** hier ist der Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-einstellung auf den 21. Januar cr. festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Rosenhans hier bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 27. Februar 1877, Vormittags 11 1/2 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 10 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Kreisgericht's-Rath Spener anberaumten Termine ihre Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung eines definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegebener, nichts an denselben zu verabsorgen oder zu zahlen; vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 31. März 1877 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, benachbahr zur Concursmasse abzuliefern.

Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen.

Goldene Damenuhren

zu herabgesetzten Preisen

Große Krämergasse No. 9.
332) **A. Jacobsen.**

Neuer, erster diejähriger Caviar,

großkörmig und rein schmeckend, pr. Pfund 1 R. 80 S., in Gebinden von 2, 3, 5, 10 bis 90 Pfd., bei Abnahme von 10 Pfd. an 10% Rabatt.

Feinste Delikates Kräuter-Seringe,

marinirt in einer von mir neu erfundenen, pikanten, angenehm schmeckenden Sauce; allen Haus- und Gastwirthschaften, Restaurationen, Delicatessenhandlungen, besonders aber allen Feinschmeckern, da dieselben den Magen erfrischen und den Appetit ungemein anregen, sehr zu empfehlen, pr. Faß 80–100 Stück enthaltend, circa 9 Pfd. schwer, nur 5 R.

Neue Isländische Fisch-Roulade.

marinirt in den feinsten Gewürzen, höchst delik., pikant und Appetit erweckend. Per Faß von 40 Portionen, 9 Pfd. schwer, nur 4 R. 50 S., und namentlich den Herren Wirthen zu empfehlen.

Versende gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages; mache jedoch besonders darauf aufmerksam, daß die Waare zoll- u. portofrei Jedem ins Haus geliefert wird.

H. Breitrück, Hamburg, Bartelsstraße 89. NB. Agenten werden gesucht.

Wormser Brauer-Academie.

Beginn des Sommersemesters am 1. Mai. Programme und Auskunft durch die Direction: **Dr. Schneider.** 9987]Hb. 410)

Herzogl. Baugewerkschule zu Holzminden a. Weser.

Anzahl der Schüler im Wintersemester 1876/77: 1018.
a) Schule für Bauhandwerker und sonstige Baubeziffene,
b) Schule für Maschinen- und Mühlenbauer, Schlosser etc.

Das Sommersemester 1877 beginnt am 7. Mai, der Vorbereitungs-Unterricht für die III. Classe am 10. April. Programm und Lehrplan auf Anfordern gratis. Anmeldungen möglichst frühzeitig zu richten an den Director **G. Haarmann.** 8364)

Wir zeigen hiermit ergebenst an, daß, nachdem Herr **C. H. Kiesau** dort das Verhältniß mit uns gelöst hat, unser

Lagerbier

in stets vorzüglicher Qualität den geehrten Consumenten auf directe Bestellung zu Diensten steht.

Ueber unsere fernere Vertretung dort werden uns erlauben, in Kürze Anzeige zu machen.

Coeslin, den 10. Februar 1877.
Coesliner Bierbrauerei. Comm.-Gesellsch. **G. F. Goerke.** 254)

Für Haarleidende!

Unterzeichneter stillt das Ausfallen der Haare innerhalb 14 Tage und befördert das Wachstum derselben binnen 6 Wochen. Auch stelle ich auf sogenannten Glasen, wenn noch Haarm vorhanden ist, in einigen Monaten wieder vollständigen Haarwuchs her. Ich versichere zugleich bei meiner Ehre, daß ich Niemanden zu einer Kur rathe werde, wenn ich sehe, daß nicht mehr zu helfen ist, und wird für den Erfolg garantirt. Auch beseitige ich das lästige Jucken auf dem Kopfe, sowie Schuppen und Schinnen. Ferner empfehle ich mich

Bandwurmleidendenden!

Derselbe wird unter Garantie ohne jede Vor- oder Nachkur binnen 2 Stunden radikal mit dem Kopf vollständig gefaßt und schmerzlos (mit einem Löffel Medicin) beseitigt. Muthmaßliche Kennzeichen sind: Blässe des Gesichtes, matter Blick, blaue Ringe um die Augen, Abmagerung, Appetitlosigkeit abwechselnd mit Heißhunger, Verdauungs-schwäche, Uebelkeit, sogar Ohnmachten bei nüchternem Magen oder nach gewissen Speisen, Aufsteigen eines Knäuels bis zum Halse, starkes Zusammenfließen des Speichels im Munde, häufiges Aufstößen, Schwindel und öfterer Kopfschmerz, unregelmäßiger Stuhlgang, Jucken im After, Koliken, Kollern und wellenförmige Bewegung, dann stehende und jagende Schmerzen in den Gedärmen u. dgl. m. — Auch wird jedes Magenleiden gänzlich beseitigt.

Ich bin in Danzig Sonntag, den 18. d., von früh 9–1 Uhr und Montag, den 19. d. Mitts., von früh 9–1 und von 3–5 Uhr Nachmittags zu sprechen im **Hotel de Berlin** und sehe da einem recht zahlreichen Besuch sowie Bestellung achtungsvoll entgegen.

H. E. F. Petzold in Dresden.

Zahlreiche Atteste von Danzig und Umgegend können vorgelegt werden. (327)

Stärke-Glanz-Präparat

von **J. Rahte, Herzberg a. S.** Das allerbeste, einfachste u. billigste Mittel zur Erzielung einer prachtvollen, glänzenden Appretur und Conservirung der Wäsche.

Geprüft u. empfohlen durch den amtlich vereideten Chemiker Director Dr. Werner in Breslau.

Depot in Danzig bei **Franz Jantzen,** Hundegasse 38.

618) Prospekte u. Gebrauchsanweisung gratis.

Ein zur erhaltenen Füllgel steht zum Verkauf Frauengasse No. 7.

Wegen Erbschaftsregulirung soll das Haus **Al. Hofenmährgasse No. 7,** nach der Langenbrücke durchgehend, verkauft werden.

Nähere Auskunft wird an Selbstkäufer **Fischerthor No. 9** ertheilt.

6 schwarze Mastochsen

stehen zum Verkauf in **Groß Hauswalde** bei Saalfeld. (231)

8 fetten Ochsen, 12 hochtragende junge Kühe, 12 tragende Störche (holländ. u. oldenb. Kreuzung), stehen in **Vietowo, Kreis Pr. Stargard** zum Verkauf.

Ich bin willens mein lebendes und todes Inventarium, bestehend aus 10 Pferden, 1 einjähr. Zähring, 6 Milchkuhen, 1 fetten Bullen, 1 einjähr. Bullen, 7 fetten Schweinen, Spazier- u. Arbeitswagen, desgl. Schlitten, 2 Wagen, 1 Dreiseil, Hackel- und Reinigungs-Maschine, 1 Fuchtel, 1 Rapschinder, 2 Käben, sämmtlichem Ackergeräth, einigen Möbeln u. a. m.

am Freitag, den 23. Februar, von 8 Uhr Morgens ab, gegen baare Bezahlung an den Meistbietenden zu verkaufen.

Irrgang bei Marienburg, den 15. Februar 1877.
Goossen. 308)

Ein Haus

mit 7 Wohnungen und 2 1/2 Morgen Land habe bei mäßiger Anzahlung zum Verkauf. **M. Gutzmor,** Altstadt. Graben 75.

Ein Hôtel,

in einer Kreisstadt an der Eisenbahn, sehr frequent, ist wegen Krankheit des Besitzers mit 5–6000 R. Anzahlung zu verkaufen und sogleich zu übernehmen.

Näheres Comtoir **Fleischergasse 86, 1 Tr.**

Im Regierungsbezirk Danzig

werden für die Kreise Elbing, Marienburg, Danzig, Pr. Stargard, Barten, Carthaus, Neustadt Westpr., je ein thätiger und solider Mann, Oekonom, Handwerker oder Kaufmann gesucht, welchem der Alleinverkauf der Weischen Patent-Futterschnide- u. Maschinen und der Futerschnidmaschinen, unter lukrativen Bedingungen übertragen werden kann. Reflectanten wollen schriftliche Offerten mache an

Moritz Weil jun., Maschinen-Fabrik, Frankfurt a. M. (9880) Landw. Halle.

Buchbindergesuch.

Ein tüchtiger Buchbindergehilfe und Vergolder findet von gleich dauernde Stellung bei

Theodor Boehm, Neustadt W.-Pr. 229)

Ein erfahr. Buchhalter

wird für ein Fabrikgeschäft gesucht. Reflect. belieben ihre Adressen mit Angabe der bisherigen Thätigkeit unter Chiffre **P. H. 789** postlagernd **Bromberg** einzureichen.

Ein jung. geb. Mädchen,

welches längere Zeit in einer der größten Buchwerkhütten u. Strohhutfabriken Danzigs thätig gewesen und gegenwärtig als Verkäuferin fungirt, sucht, am liebsten nach auswärts, vom 15. März event. 1. April Engagement.

Adressen werden unter No. 297 i. d. Exp. d. Btg. erbeten.

Tüchtige Köchinnen u. Stubenmädchen empf. **J. W. Bellair,** Koblenn. 30.

Eine j. gebildete Dame,

welche die Buchführung erlernt hat u. weniger auf Gehalt als gute Behandlung sieht, sucht zu Ostern Stellung. Gefällige Adressen w. u. No. 348 i. d. Exp. d. Btg. erbeten.

Ein militärfreier Inspector, sucht zum 1. April oder auch früher, Stellung, am liebsten zur selbstständigen Bewirthschaftung. Adr. werden unter 295 in der Exp. d. Btg. erbeten.

Ein junges Mädchen, aus anständiger Familie, sucht Stellung als Stille der Hausfrau, würde auch die Beaufsichtigung der Kinder übernehmen. Auf Gehalt wird weniger gesehen, als auf gute Behandlung. Offerten werden unter No. 324 in der Exp. dieser Btg. erbeten.

Gouvernanten,

mit vorzüglichen Musik- u. Sprachkenntnissen empf. **Fr. Hauptm. Martz,** Königsberg, Pr.

Ein Commis, mit guten Zeugnissen versehen, der über 1 1/2 Jahre in einem Kurz- u. Weißwaaren-Geschäft thätig gewesen, sucht von sofort oder auch vom 1. April Stellung. Gefällige Adressen werden unter 376 in der Exp. d. Btg. erb.

Stelle-Gesuch.

Ein junger, militärfreier Mann, der längere Zeit in einer Oberförsterei beschäftigt gewesen, mit welcher gleichzeitig das Kassen- sowie Amts-Geschäft und Standes-Amt verbunden ist, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, in einer ähnlichen Stellung Placement und macht sehr geringe Ansprüche.

Gefällige Offerten werden unter 358 in der Exp. d. Btg. erbeten.

Eine gebildete Dame, wünscht eine eben solche in Pension zu nehmen.

Adressen werden unter 354 in der Exp. d. Btg. erbeten.

2 Pensionäre

finden von Ostern mit Eintritt in den Garten freundliche Aufnahme in einer Pensionfamilie. Zu erfragen Langgarten 67.

In einer gebildeten, mosaischen Familie finden noch einige Pensionäre Aufnahme. Unterrichts kann in allen Schulwissenschaften und Musik erteilt werden. Näheres Hundesasse 7, 3 Tr.

1–2 Pensionaire

finden zu Ostern d. J. in einer achtbaren Familie, Jöbena. 32, 3 Tr., frendl. Aufn.

1000 bis 1500 Thaler werden von sofort oder Ende März zu 6% zu cedere gesucht. Adressen werden u. No. 80 i. d. Exp. d. Btg. erbeten.

Zum 1. October d. J. wird eine Wohnung von 3 Zimmern, Küche u. j. w., 1. Etage, nahe dem Langenmarkt, zu mieten gesucht.

Adressen werden unter 364 mit Preisangabe in der Exp. d. Btg. erb.

Zu Carthaus ist die Oberwohnung

(im ehemals Maurermeister Hildebrand'schen Grundstück), sowie ca. 7 Morg. Land, Scheune und Stall, zu April d. J. zu vermieten. Das Nähere Danzig, Neugarten No. 25, parterre. 376

Landwirthschaftl. Consum-Berein Pr. Stargard.

Sonnabend, den 3. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, findet eine Versammlung, **Flecke's Hotel,** statt.

Tagesordnung. Ankauf von Klee und Gyps. Offerten bis 2. März erwünscht. (352)

Restaurant Jordan.

Wegen einer Festlichkeit ist mein Restaurant **Sonnabend**, den 17. d., von 5 Uhr Abends an geschlossen.

A. Jordan. 362)

Schachclub.

Sente Freitag, den 16. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei **Der Vorstand.**

„Der Hausfreund.“

Illustriertes Familienbuch. Jahrgang 1876. 18 Bste cpl. hat 3 Thlr. für 25 Sgr. zu haben bei **Th. Vertling,** Grebergasse 2.

Bescheidene Anfrage.

Seit wann hat der Festungs-Commandant in Weichselmünde das Recht, von dort vorbeifahrenden Schiffen, eine Abgabe von 9 R. zu erheben? **F. W. Michaelis,** Schiff „Diana“. 375)

In dem gestern aus der Conditorei von Herrn **Th. Beder,** Heiligegeistgasse gekauften Kladen fand ich eine 10-Goldmarke vor, wofür ich meinen wärmsten und innigsten Dank ausspreche. **Minna Luschen.**

Loose a. 7. Mecklenb. Pferde-Verlosung in Neubrandenburg zu haben a 3 R. in der Expedition d. Danz. Zeitung.

Verantwortlicher Redacteur **H. Ködner,** Druck und Verlag von **A. W. Rasemann** in Danzig.